



# **Niederschrift**

**über die Sitzung  
des Sozialausschusses  
am 18.02.2016**

## Anwesend

### **- Vorsitz**

Merkator, Kurt

### **- Mitglieder**

Baglan, Baris

Braun, Ludwig

Gill-Gers, Alexandra

Hingst, Waltraud

Huch, Tobias in Vertretung für Cornelia Willius-Senzer

Jaensch, Ruth

Kondakji, Amin

Konrad, Walter

Lange, Karsten

Lange, Thorsten

Lensch, Eckart Dr.

Mehler, Kurt

Odenweller, Anette in Vertretung für Klaus Hafner

Rehm, Gerald in Vertretung für Heinz-Werner Stumpf

Schmitt, Uta

Siebner, Claudia

Tesfamariam, Musgana

Viering, Christian

Westrich, Sissi

### **- beratende Mitglieder**

Boos-Waidosch, Marita für den Behindertenbeirat

Diefenbach, Kerstin

Göbig-Fricke, Gaby

Schnörr, Wolfgang in Vertretung für Birgit Drenkard-Heim

Steitz, Georg

## Entschuldigt fehlen

Hafner, Klaus

Stumpf, Heinz-Werner

Willius-Senzer, Cornelia

Drenkard-Heim, Birgit

### **- Schriftführung**

Zell, Thorben

## Tagessordnung

### a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 3 bis 7
2. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 10.11.2015 (verschickt am 26.11.2015)

### b) öffentlich

3. Sachstandsbericht zu Antrag 1340/2014 der SPD-, GRÜNE- und FDP-Stadtratsfraktion
4. Sachstandsbericht zu Änderungsantrag 1721/2014/2 der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP zum Antrag 1721/2014 der ÖDP
5. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Mehraufwendungen bei den Produkten "Eingliederungshilfe" und "Leistungen für Unterkunft und Heizung" sowie der Leistung "Gemeinkostenverwaltung Amt 50"
6. Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
7. Mitteilungen

### c) nicht öffentlich

8. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
9. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
10. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz
11. Unterbringung von Flüchtlingen in Mainz

### **Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:**

12. Ehemalige Deportationsrampe
13. Kuratorium der Jakob-Wucher-Stiftung
14. Projekt "Gastarbeiter/-innen als Zeitzeugen in Mainz" des Stadthistorischen Museums Mainz

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht. Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 3**      **Sachstandsbericht zu Antrag 1340/2014 der SPD-, GRÜNE- und FDP-Stadtratsfraktion;** **hier: Erarbeitung eines erweiterten Versorgungskonzepts für psychisch erkrankte Menschen** **Vorlage: 0228/2016**

Frau Siebner verweist auf einen redaktionellen Fehler bei der Bezeichnung des o.g. Antrages. Aufgrund eines Änderungsantrages und nach Beteiligung der CDU-Fraktion wurde die Bezeichnung wie folgt geändert: „Sachstandsbericht zu Antrag 1340/2014/1 der CDU-, SPD-, GRÜNE- und FDP-Stadtratsfraktion“. Frau Odenwald wird die Bezeichnung vor Weitergabe an den Stadtrat korrigieren.

Die Psychiatriekoordinatorin Frau Odenwald erläutert den vorgelegten Sachstandsbericht zur Erarbeitung eines weiteren Versorgungskonzepts für psychisch erkrankte Menschen.

Im Mittelpunkt stehen hierbei insbesondere folgende Zielgruppen:

- Psychisch erkrankte Menschen mit herausfordernden Verhalten
- Psychisch erkrankte Menschen mit komplexen Teilhabebedarfen, z. B. durch Doppeldiagnosen oder altersbedingte Einschränkungen
- Wohnungslose psychisch erkrankte Menschen

Mit Leistungsanbietern des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV) bzw. dessen Kooperationspartnern wurden Gespräche geführt mit dem Ergebnis, dass die Anbieter bereit sind, entsprechende Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu entwickeln.

Frau Odenwald geht auf folgende angedachte Maßnahmen ein:

- Dezentrale Erweiterung der örtlichen stationären Wohnheimplätze im Rahmen einer Außenwohngruppe mit kleiner Platzzahl, unter Berücksichtigung eines möglichen sog. Notbettes
- Schaffung einer geringen Anzahl von stationären Wohnheimplätzen mit der Möglichkeit, freiheitsentziehende Maßnahme durchzuführen
- Konzeption eines niedrighschwelligen Wohnangebots analog des „Hotel plus“ (vgl. Stadt Köln)
- Überprüfung der Übertragungsmöglichkeit des Konzepts „Betreutes Wohnens in Gastfamilien“ auf die Landeshauptstadt Mainz
- Verbesserung der Vernetzung des GPV Mainz in Bezug auf das Thema „Wohnraum für psychisch erkrankte Menschen“ durch einen Runden Tisch Wohnen

Danach beantwortet Frau Odenwald weitere Fragen der Ausschussmitglieder. Im Anschluss wird folgender Beschluss einstimmig gefasst:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Wiedervorlage in einem Jahr.

**Punkt 4**            **Sachstandsbericht zu Änderungsantrag 1721/2014/2 der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP zum Antrag 1721/2014 der ÖDP hier: Sozialer Wohnungsbau - Wohnraum für Flüchtlinge Vorlage: 0195/2016**

Der Sozialausschuss beschließt einstimmig:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Der Änderungsantrag 1721/2014/2 ist damit erledigt.

**Punkt 5**            **Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Mehraufwendungen bei den Produkten "Eingliederungshilfe" und "Leistungen für Unterkunft und Heizung" sowie der Leistung "Gemeinkosten Verwaltung Amt 50" Vorlage: 1953/2015**

Der Sozialausschuss nimmt zur Kenntnis, der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen empfiehlt, der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 10.290.000 € für das Haushaltsjahr 2015.

Zum Nachtragshaushalt 2016 werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 23.242.000 € im Teilergebnishaushalt des Amtes für soziale Leistungen angemeldet.

**Punkt 6**            **Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Herr Hensel, Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, berichtet über die aktuelle Flüchtlingssituation. Im Jahr 2015 wurden der Stadt Mainz ca. 2000 Flüchtlinge zugewiesen. Für das Jahr 2016 wird seitens der Verwaltung ebenfalls mit ca. 2000 Zuweisungen geplant.

Momentan sind 1920 Plätze in Gemeinschaftsunterkünften belegt, 475 davon in Notunterkünften. Diese Plätze verteilen sich derzeit auf 9 Unterkünfte, 2 Notunterkünfte und 1 Frauenunterkunft. In den Notunterkünften stehen noch 111 freie Plätze zur Verfügung.

Als neue Notunterkünfte sind in den letzten Wochen das Portland Casino und die Notunterkunft Zitadelle hinzugekommen. Aktuell werden die Plätze des 2. Bauabschnitts in der Housing Area belegt. Dort werden auch barrierefreie Plätze eingerichtet. Noch im Umbau befinden sich das Verwaltungsgebäude der Heidelberger Zementwerke und der 3. Bauabschnitt der

Housing Area für Gemeinschaftsräume wie Kleiderkammer, Sozialräume, Unterrichtsräume und Räume für Betreuer. Noch in der Planung befindet sich das Gebäude der GFZ Kaserne für ca. 400-500 Plätze. 5 - 6 weitere Objekte befinden sich derzeit in der Prüfung.

Herr Hensel berichtet außerdem, dass sich momentan ca. 800 Flüchtlinge ohne Asylstatus in Mainz aufhalten, was für die Verwaltung einen erheblich erhöhten Arbeitsaufwand bei der Leistungsgewährung bedeutet, da dieser Personenkreis noch kein Bankkonto eröffnen kann. Umgerechnet ist ca. 1 Vollzeitstelle aktuell nur mit der monatlichen Barauszahlung beschäftigt.

Seit Januar 2016 wurden 4 weitere Mitarbeiter für die Leistungssachbearbeitung im Flüchtlingsbereich eingestellt. Dennoch bearbeitet jeder Sachbearbeiter derzeit ca. 350 Fälle und nicht wie grundsätzlich festgelegt 150 Fälle. Über die nächsten Monate werden weitere Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter eingestellt werden.

## **Punkt 7            Mitteilungen**

Herr Merkator weist auf die geplante Sondersitzung am 19.04.2016 um 16.00 Uhr im Ratssaal zur Vorstellung der SROI-Studie hin. Die Sitzung findet gemeinsam mit dem Jugendhilfe-, dem Wirtschafts- und dem Finanzausschuss statt.

**Ende der Sitzung: 17:15 Uhr**

gez.

.....  
Kurt Merkator  
Beigeordneter

gez.

.....  
Thorben Zell  
Schriftführung